

## Kulissenwechsel mit Kanonen

### Der „Abzug von Besatzungstruppen“ – und was dahintersteckt

Im Zuge der jüngsten sowjetischen Demobilisierungsmaßnahmen werden seit Mitte Mai verschiedene Besatzungseinheiten aus der Zone zurückgezogen. Die SED spricht in diesem Zusammenhang wieder die Forderung nach dem „Abzug aller Besatzungstruppen aus ganz Deutschland“ aus. Sie will damit den Anschein erwecken, als hätten die Sowjets mit ihren jüngsten Truppenverschiebungen eine Art Anfang gemacht. Tatsächlich handelt es sich lediglich um einen Kulissenwechsel, bei dem die „Nationale Volksarmee“ schrittweise die Positionen der Besatzungstreitkräfte besetzt. Dieses Manöver ist bereits im Warschauer Militärabkommen festgelegt und wird jetzt lediglich in Zusammenhang mit den anderen sowjetischen Maßnahmen gebracht.

Bekanntlich haben die Sowjets die Demobilisierung von insgesamt 1,2 Millionen Soldaten angekündigt. Der Hintergrund dieser Aktion ist in dem Fehlen von Arbeitskräften für die sowjetische Industrie und Landwirtschaft sowie für die geplante 500 000-Mann-Besiedlung sibirischer Landstriche zu suchen. Auch Moskau ist es heute unmöglich, eine derart gewaltige stehende Armee zu unterhalten und gleichzeitig derartige Wirtschaftsprojekte zu planen.

Es liegt auf der Hand, daß die Sowjets in diesem Zusammenhang auch dringend benötigte Fachkräfte aus Deutschland zurückziehen möchten. Beim gegenwärtigen Stand der sowjetzonalen Streitkräfte genügt ein Bruchteil der in Mitteldeutschland stationierten Sowjeteinheiten, um die Besatzungsaufgaben zu übernehmen. Jede weitergehende militärische Überlegung erübrigte sich infolge der Tatsache, daß die Sowjets von Sibirien bis an die Elbe eine freie Durchfahrtsstraße haben. Die gegenwärtige polnische Grenze ist von Berlin nur 100 Kilometer entfernt...

Dazu kommt, daß die schrittweise Zurückziehung der Sowjettruppen laut Warschauer Vertrag Hand in Hand mit der

Verstärkung der SED-Armee gehen soll. Es ist erklärlich, daß die Kommunisten für jeden einige 100 Kilometer weiter östlich verlegten Rotarmisten die Atlantik-Passage von zehn Angehörigen der US-Streitkräfte sehen möchten. Und dies nach Möglichkeit unter gleichzeitiger Preisgabe der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Wie sieht es denn in Wirklichkeit aus?

#### Das neue Armeekorps Mitte

Es liegen eindeutige Nachrichten vor, wonach das noch in der Aufstellung befindliche III. Armeekorps der Zonenarmee, das von Potsdam aus geleitet „Armeekorps Mitte“, nach einem in Warschau ausgearbeiteten Plan die Kasernen abrückender Sowjeteinheiten bezieht. Auch die kürzlich in Brandenburg/Havel verabschiedeten beiden sowjetischen Fliegereinheiten werden von weitaus stärkeren Einheiten der neuen sowjetzonalen Luftwaffe abgelöst. Die Planziffer für die Zonenluftwaffe liegt nach inoffiziellen Angaben vorerst bei 15 000 Mann. Im gleichen Maße geht die Ausrüstung der Zonenarmee mit Panzern und Artillerie vorstatten. In vielen Fällen lassen sowjetische Einheiten ihre gesamte technische und Waffenausrüstung zurück. Es wurde auch festge-

stellt, daß ausgetauschte Sowjeteinheiten ihre Waffen für die damalige KVP zurückließen, während die Ablösung mit völlig neuer Ausrüstung ankam und neue Kasernen bezog.

Auf diese Art sind die militärischen Kräfte in der Sowjetzone laufend verstärkt, niemals aber verringert worden. Praktisch könnte die Sowjetarmee heute ihre gesamten Besatzungstruppen aus der Zone abziehen, ohne daß sich dadurch für sie die Machtverhältnisse änderten. Denn die abgezogenen Truppen von den nahen „volksdemokratischen“ Grenzen wieder an die Elbe zu werfen, dürfte keine Schwierigkeiten bereiten.

#### FDJ übernimmt „Verteidigung“

Das neue propagandistische SED-Manöver hat aber noch einen weitaus realeren Hintergrund. FDJ und SED beginnen in diesen Tagen eine neue Werbekampagne für die Armee. Unter dem Motto: „Die sowjetischen Freunde ziehen ab — wir übernehmen selbst die Verteidigung der Heimat!“ werden Universitäten, Schulen und Betriebe rücksichtslos nach „Freiwilligen“ ausgekämmt. Auf diese Art soll das Armeekorps Mitte noch bis zum Herbst auf volle Stärke gebracht werden.

Dazu kommt die versteckte Drohung der SED-Regierung, „besondere Maßnahmen“ zu ergreifen, falls die Bundesrepublik eine Wehrpflicht verkünden wird. Die SED ist sich völlig darüber im Klaren, daß sie bei der von ihr geübten Praxis keine Wehrpflicht einzuführen braucht. Drohungen von kommunistischer Seite aber haben im Westen bisher immer nur das Gegenteil bewirkt. Schließlich sind die sichtbaren Tatsachen härter als kommunistische Propaganda-Argumente.

## Die Große Anfrage

DT. Die Große Anfrage über die Entwicklung in der Sowjetzone, die alle Fraktionen gemeinsam im Bundestag einbrachten, hat eine gründliche Erörterung gesamtdeutscher Fragen und wichtige Erklärungen der Bundesregierung zur Folge. — Diese Diskussion war seit langem fällig. Sie ist notwendig, sie ist nützlich. Aus ihr ergab sich eine Bestandsaufnahme der sowjetzonalen Wirklichkeit, eine Prüfung des geteilten Lebens Berlins und der Möglichkeiten engerer menschlicher Verbindungen der Deutschen untereinander. Nicht das Gegensätzliche und sogar Feindliche, sondern das Menschliche steht hier im Vordergrund. Nüchtern sollen die Tatsachen sprechen und nicht leidenschaftlich die Gefühle. Ziel der parlamentarischen Aktion in Frage und Antwort war auch nicht die Anklage — die Tatsachen selbst klagen an —, sondern die Erleichterung der menschlichen Beziehungen über den trennenden Grenzstreifen hinweg. Es war nicht ein polemischer Gerichtstag, sondern ein Tag deutscher Solidarität und Zusammengehörigkeit, zu der wir uns um so entschiedener bekennen müssen, als uns die staatliche Einheit noch immer versagt wird.

Das, was der Bundestag unternahm, das ist allerdings auch keine Diskussion mit den Machthabern von Pankow. Die sprechen eine andere Sprache als wir und die Bevölkerung der Zone. Wir können uns mit ihnen nicht verstehen und verständigen. Deshalb ist es auch unmöglich, die höchsten und allerhöchsten Pamphlete zu beantworten, die gelegentlich aus Pankow nach Bonn flattern. Wer andere nur beschimpft und dazu behauptet, 2 x 2 sei 5, der mag zwar die kommunistische Dialektik ausgezeichnet beherrschen, aber als Partner ernsthafter Diskussion kommt er nicht in Frage.

Das alles schließt jedoch die gemeinsame Regelung technischer Fragen nicht aus, die ja auf dem Gebiet des Handels, des Verkehrs und anderer gesamtdeutscher Aufgaben bereits

üblich ist. Wenn die Möglichkeit weiterer Kontakte solcher Art gegeben sein sollte, dann dürfen wir uns ihnen dort, wo sie eine Hilfe in menschlicher Not und einen Dienst an der deutschen Gemeinschaft bedeuten, nicht engherzig verschließen. Hilfe in menschlicher Not — wir denken dabei vor allem an die politischen Häftlinge der Zone, für deren Freilassung wir nicht nur reden, sondern auch handeln müssen.

Über die eiserne Grenze, die hier besteht, sind sich alle deutschen Parteien einig. Auch der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, hat sieben wieder direkte Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Sowjetzonenregierung, die eine Legalisierung der Spaltung Deutschlands bedeuten würden, kategorisch abgelehnt.

### Pankow muß bekennen

Auch aus anderen Gründen ist ein solches Verfahren unmöglich. Hierfür müßten sogar die Sowjets Verständnis äußern, wenn sie uns eine ehrliche Antwort auf diese Frage geben wollten. Wenn sie nämlich die „staatsmännischen“ Figuren betrachten, die sie in Pankow um sich großgezogen haben, dann mag ihnen die Gelenkigkeit gefallen, mit der gewisse Sprößlinge der volksdemokratischen Umerziehung, an roten Fäden streng gehalten, ihre possierlichen Bewegungen machen. Aber die Sowjets werden sich selbst ganz leise gestehen, welche merkwürdige Repräsentation des deutschen Volkes sie sich da geschaffen haben — wie unecht sie ist, wie mißachtet und wie haltlos, sobald ihnen die stützende Hand Moskaus entzogen werden sollte.

In diesem Widerspruch zwischen regierender Macht und staatsbürgerlichem Vertrauen, der die Position der Sowjetzonenregierung kennzeichnet, liegen auch die nicht geringen Schwierigkeiten, die Pankow einer Vertiefung und Ausweitung der menschlichen Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands in den Weg stellt. Die Machthaber der Zone stellen die kommunistische Doktrin über die nationale Zusammengehörigkeit der Deutschen. Niemals wurde von der Bundesrepublik gefordert, daß

ein wiedervereinigtes Deutschland diese oder jene politische, soziale, wirtschaftliche und ideologische Prägung haben müsse. Gefordert wurde vielmehr nur, daß das Fragen sind, die nur das Volk selbst nach seinem souveränen Willen entscheiden kann. Man sage in Pankow nicht, daß wir es mit dieser Forderung leicht hätten! Nach der kommunistischen Propaganda ist das nämlich gar nicht der Fall. Sie behauptet doch ständig, daß auch die Deutschen der Bundesrepublik, in diesem Falle „Patrioten“ genannt, nichts sehnlicher wünschen, als von der kapitalistischen Diktatur Adenauers befreit und in den Genuß der sozialistischen „Errungenschaften“ der Zone gebracht zu werden. Solcher Genußsucht erliegen vielleicht die paar Berliner Falken, leider ohne sie im kommunistischen Machtbereich selbst befriedigen zu wollen. Aber wenn es sich tatsächlich so verhielte, wie es die kommunistische Propaganda verkündet, dann ist es doch erst recht unbegreiflich, daß Pankow nicht den geringsten Versuch macht, mit Hilfe der in Westdeutschland angeblich überwiegenden „Patrioten“ den „Klassenfeind“ in freiem Wahlkampf so aufs Haupt zu schlagen, daß der gesamtdeutsche Staat nach dem Muster der so heiß begehrten „sozialistischen Errungenschaften“ aufgebaut werden kann.

Die Furcht, die sich hier äußert, ist auch der Grund dafür, daß Pankow an einer Erleichterung und freieren Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen kein Interesse zeigt. Der Bundestag sollte deshalb die Sowjetzonenregierung, die der Wiedervereinigung Deutschlands im Namen Moskaus so große Schwierigkeiten bereitet, endlich in die Lage versetzen, klipp und klar zu bekennen, ob sie tatsächlich auch Njet zu allen Möglichkeiten sagt, die Deutschen in freierem Verkehr einander näherzubringen.

### Keine Antwort?

Es ist allerdings so gut wie sicher, daß die so souveräne Demokratische Republik auch in dieser Entscheidung von Moskau abhängig ist. Das ist eine Tatsache, die wir nicht

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. R e g n i  
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richtofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Sowjetoffizier packt aus

Leutnant Owtshinnikow vor der Westberliner Presse

Berlin (Eigenmeldung). Ein junger, bemerkenswert intelligenter russischer Leutnant, Iwan Owtshinnikow, ist der Berliner Presse vorgestellt worden. Er ist im Dezember letzten Jahres aus Stahnsdorf bei Berlin geflüchtet, wo er im 29. sowjetischen Sonder-Regiment für Funkaufklärung diente.

Befragt, was er über den amerikanischen Telefonabhörtunnel bei Rudow halte, meinte Owtshinnikow, das sei nur ein Tropfen in dem Meer von Abhörstellen, die die Sowjets ihrerseits errichten. Er sagte weiter, die sowjetischen Entspannungsmanöver und die Abrüstungspropaganda seien eine Fassade, hinter der die sowjetischen Streitkräfte zu einem Angriffskrieg geschult würden.

Owtshinnikow betonte, daß die neue „kollektive Diktatur“ in Rußland wesentlich auf den Druck der Bevölkerung zurückgehe. Die sowjetischen Offiziere in der Zone seien sich durchaus bewußt, daß die deutsche Bevölkerung das Pan-kower Regime und den Kommunismus ablehnten. Seit An-

fang 1955 sei den sowjetischen Soldaten jegliche Fraternisierung mit den Deutschen wieder verboten.

## Schiffe für Bundesmarine

Kiel (AP/DPA). Die neue deutsche Bundesmarine hat ihre ersten schwimmenden Einheiten in Kiel in Dienst gestellt. Es handelt sich um Schnellboote, die von der britischen Marine übernommen wurden.

## „Zu Fuß nach Berlin“

Außenminister von Brentano in Kopenhagen

Kopenhagen (AP/DPA). Bundesaußenminister von Brentano, der sich in Kopenhagen aufhielt, kam in einer Pressekonferenz noch einmal ausführlich auf die Oder-Neiße-Grenze zu sprechen. Das Anliegen der Deutschen, in ihrer Heimat die Freiheit wiederzuerlangen, sei ein Anliegen, das niemand in seiner moralischen Berechtigung bezweifeln werde. Dies gelte für die Sowjetzone wie für die Oder-Neiße-Grenze, sagte er. Der Minister gab der Zuversicht Ausdruck, daß sich das Unrecht von 1945 rückgängig machen lasse.

Als von Brentano gefragt wurde, wann er nach Berlin übersiedeln werde, antwortete er: „Sobald uns freie Wahlen gestattet werden. Ich bin bereit, von Bonn nach Berlin zu Fuß zu gehen.“

Bei einem Empfang im Schloß Christianborg erklärte der dänische Ministerpräsident und Außenminister Hansen, die Dänen und die Deutschen seien als gute Nachbarn aufeinander angewiesen, und wenn sie sich gelegentlich scharf gegenübergestanden hätten, so dürfe man doch nicht an der Vergangenheit festhalten.

## Dürfen sie nicht heimkehren?

Zahlreiche Deutsche werden als Sowjetbürger festgehalten

Bonn (DPA/AP). Die Sowjetunion hat der Bundesregierung in einer Note das Ergebnis der Überprüfung der Namenliste von tausend deutschen Staatsangehörigen mitgeteilt, die nach deutscher Ansicht noch in der Sowjetunion festgehalten werden. Diese Liste war auf Grund von Angaben deutscher Heimkehrer und des Kofen Kreuzes zusammengestellt und durch Botschafter Dr. Haas in Moskau überreicht worden.

In ihrer Antwort erklärt die sowjetische Regierung, daß in der deutschen Liste „aus unbekanntem Gründen eine beträchtliche Anzahl von Personen“ aufgeführt sei, die sowjetische Staatsbürger sind. In der Note wird ferner darüber Klage geführt, daß die deutsche Botschaft in Moskau kürzlich in zahlreichen Fällen „Besprechungen mit sowjetischen Bürgern über ihre Ausreise aus der Sowjetunion“ geführt habe. Diesen sowjetischen Staatsbürgern, die die deutsche Botschaft auf-

gesucht hätten, seien Fragebogen und andere Dokumente ausgehändigt worden. Ein Russe namens Blesner habe sogar einen deutschen Paß erhalten.

Die sowjetische Regierung betont, daß nach dem Gesetz die Ausreise sowjetischer Bürger ins Ausland ausschließlich von sowjetischen Behörden behandelt werde, an die Interessenten sich persönlich wenden müßten. Eine Ausreise von Sowjetbürgern könne nur mit Erlaubnis des Präsidiums des Obersten Sowjets in jedem einzelnen Falle erfolgen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft kenne das sowjetische Gesetz nicht. (Und wie ist es mit Ulbricht und Genossen? — Die Red.).

Nähere Angaben über die sowjetischen Nachforschungen nach den in der Sowjetunion befindlichen Deutschen enthält die Note nicht. Es wird jedoch auf eine Sowjetnote vom 27. April verwiesen, in der Moskau Hilfe bei der Rückführung von Personen aus der Sowjetunion zugesagt hatte, die „angeblich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“.

## Schnelle Beschlüsse in Venedig

### Verträge für „Euratom“ und gemeinsamen Markt

Venedig (AP/DPA). Der Ministerrat der Montanunion hat in Venedig zu Beginn einer zweitägigen Konferenz überraschend schnell beschlossen, unverzüglich mit der Ausarbeitung von Verträgen zur Schaffung des europäischen Atompools „Euratom“ und zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes der sechs Länder zu beginnen. Ein Ausschuß der Sachverständigen der sechs Regierungen soll am 26. Juni in Brüssel unter Vorsitz des belgischen Außenministers Spaak die Arbeit aufnehmen.

Der Vertragsinhalt wird folgende wesentliche Punkte umfassen: 1. Schaffung des europäischen Atompools, der gleichmäßigen Versorgung der Länder mit spaltbarem Material sichert. Der Pool soll von den USA mit Uran beliefert werden. 2. Errichtung eines gemeinsamen Marktes der sechs Länder innerhalb von 12 bis 15 Jahren. Danach soll es zwischen den sechs Ländern weder Zölle noch Kontingente geben.

Ein deutscher Sprecher teilte mit, daß Staatssekretär Hallstein, der an Stelle von Außenminister von Brentano die Bundesrepublik vertritt, und der französische Außenminister Pineau ihren Aufenthalt in Venedig zur Fortführung der Saarbesprechungen benutzen werden.

### Prager Studenten fordern Freiheiten

New York (DPA). Tschechoslowakische Studenten haben das politische Leben in ihrem Lande „ungewöhnlich kühn“ kritisiert und größere Freiheiten gefordert, wie der Prager Korrespondent der „New York

Times“ meldet. Eine Resolution der Studenten an den Erziehungsminister sei nur zum Teil veröffentlicht worden unter Weglassung jener Absätze, in denen das politische Leben in der Tschechoslowakei kritisiert wurde.

Nach den Informationen des Korrespondenten haben die Studenten u. a. gefordert: Das Volk soll die Mitglieder des Parlaments kontrollieren und gegebenenfalls abberufen können, wahrheitsgetreue und unabhängige Unterrichtung der Bevölkerung, freie Einfuhr ausländischer Zeitungen und Bücher und Freilassung politischer Gefangener.

## „Beträchtliche“ Atomstreitkräfte

### General Norstad; Weniger Bodentruppen

Paris (AP). Die NATO verfüge über „beträchtliche Atomluftstreitkräfte“ und werde nicht zögern, diese zu Verteidigungszwecken einzusetzen, hat der künftige NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Norstad, erklärt.

Wie er weiter mitteilte, wird

## An Schönefeld gescheitert

London (AP). Britisch-sowjetische Verhandlungen über die Einrichtung eines beiderseitigen Flugdienstes zwischen London und Moskau sind gescheitert — hauptsächlich wegen der Frage, ob der Ostberliner oder der Westberliner Flugplatz für Zwischenlandungen benutzt werden solle.

Die Sowjetunion hatte einen britisch-sowjetischen Gemeinschaftsdienst vorgeschlagen, wobei die britische Luftverkehrsgesellschaft BEA die Strecke London — Schönefeld (Ostberlin) und die sowjetische Aeroflot die Strecke Schönefeld — Moskau befliegen sollte. Großbritannien lehnte dieses Angebot nach Beratungen mit der Bundesrepublik und den USA ab, um die Bedeutung Schönefelds nicht zu vergrößern. Ein Kompromißplan Großbritannien, bis Tempelhof zu fliegen und die Passagiere mit Autobus nach Schönefeld bringen zu lassen, wurde von der Sowjetunion abgelehnt.

die zahlenmäßige Stärke der zur Verteidigung Mitteleuropas erforderlichen Bodestreitkräfte jetzt nur mit einem Drittel der 1951 geschätzten Zahlen angesetzt.

## Marokko gleichberechtigt

Paris (DPA). Die Außenminister Frankreichs und Marokkos, Pineau und Balafrej, haben in Paris ein diplomatisches Abkommen unterzeichnet, das in der Praxis einem Bündnisvertrag gleichkommt und die künftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung regelt. Dem Abkommen soll in Kürze auch ein militärischer Vertrag folgen.

Beide Vertragspartner verpflichten sich, keine außenpolitische Entscheidung zu treffen, die den Interessen des anderen Partners abträglich ist. Ferner wird in dem Abkommen festgelegt, daß Frankreich an Plätzen, an denen Marokko keine eigenen Missionen haben wird, die diplomatische Vertretung des marokkanischen Staates übernimmt.

## Italiens Linke erlitt Verluste

### Das Ergebnis der Wahlen — Mittelparteien hielten Stellung

Rom (AP/DPA). Etwa 87 Prozent der Stimmberechtigten Italiens haben sich an den Gemeinde- und Provinzialratswahlen beteiligt.

Nach den Ergebnissen konnten die Parteien der Mitte ihre Positionen im allgemeinen behaupten, während der Linksblock (Kommunisten und Linksozialisten) Verluste erlitt und die äußerste Rechte Gewinne erzielte, die sich jedoch in mäßigen Grenzen hielten. Die Christlichen Demokraten, die stärkste Partei des Landes, errang vor allem auf Sizilien große Erfolge. Die Zahl der für

sie abgegebenen Stimmen stieg in Palermo um über 50 Prozent, und die Stadt Marsala konnten sie den Linksradiakalen entreißen.

### Geschenk für die UdSSR

Bonn (DPA). Die Bundesregierung wird in den nächsten Tagen der Sowjetunion eine hochmoderne Apparatur für Röntgentherapie zur Krebsbekämpfung im Werte von 75 000 DM schenken. Mit diesem Geschenk will sich die Bundesregierung für die Gastfreundschaft in Moskau bedanken.

So sind sie wirklich:

## Der Schatten des Präsidenten

Es gibt wenig Bilder von ihm selbst. Immer fangen ihn die Fotografen im Schatten dessen ein, der als „Präsident der Republik“ die harmloseste Rolle zu spielen hat. Otto Winzer ist als Staatssekretär Chef der Privatkanzlei des Zonenpräsidenten Wilhelm Pieck. Der alte Pieck ist in den letzten Jahren so senil geworden, daß man ihn ohne diesen Otto Winzer faktisch gar nicht mehr unter die Leute schicken könnte. Der ehrgeizige Winzer aber verflucht den Tag, an dem seine Laufbahn an die eines kranken und geschwätzigten Greises gekettet wurde.

### „Genosse Brille“

Winzer ist ein Arbeiterkind aus Berlin-Reinickendorf. Im April 1902 geboren, absolvierte er die Volksschule, um Schriftsetzer zu lernen. Seine Karriere begann in den Gewerkschaften und der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ (SAJ). Seine Kollegen nannten ihn „Genosse Brille“, weil er aus Eitelkeit stets einen kleinen Kneifer trug. 1920 wechselte er zum „Kommunistischen Jugendverband“ über, um sich zwei Jahre später endgültig der KPD zu verschreiben.

Winzers Aufstieg war glatt und gefahrlos, weil er es verstand, sich aus dem Intrigen- und Fraktionskampf des Apparates herauszuhalten. Ein Vierteljahrhundert später machte ihn diese Vorsicht für das Amt eines SED-Staatssekretärs prädestiniert. Der kommunistische Setzerlehrling wurde nacheinander Redakteur, Verlagsleiter und — ganz gegen seinen Willen — Chef einer illegalen Organisation.

Inzwischen war nämlich Hitler zur Macht gekommen, die KP-Führer, bis auf Thälmann und eine Handvoll seiner Mitkämpfer, machten sich aus dem Staube, und Winzer, für den kein Emigrationsbefehl vorlag, mußte über Nacht eine der größten Berliner KP-Widerstandsgruppen übernehmen. Es war die einzige Tat, die Otto Winzer ehrlich für sich verbuchen kann. Bis 1935 führte

## OTTO WINZER



er seine Gruppe mit Umsicht und Kaltblütigkeit. Dann reiste er über Prag, Paris und Amsterdam nach Moskau, um während des Krieges als „Genosse Lorenz“ an der Kominternschule und in Kriegsgefangenenlagern zu agitieren. Nur einmal begab er sich auf das heiße Pflaster politischer Prophetie, als er im Mai 1952 im Moskauer Rundfunk für den darauffolgenden Herbst den großen kommunistischen Aufstand in Deutschland ankündigte. Der Aufstand war natürlich nie gesehen.

### Wartet auf die Doktorwürde

Winzer saß in der Sowjetmaschine, die Ende April mit Ulbricht und den ersten KP-Rückkehrern hinter der soeben von den Rotarmisten überschrittenen Oder landete. Das zeigt, wie wichtig den Sowjets der „Genosse Lorenz“ damals gewesen sein muß. Trotzdem wurde er „nur“ Stadtrat für Volksbildung im Nachkriegs-Berlin, bis ihn die Oktoberwahl 1946 auch noch aus diesem Amt vertrieb. Seit jenem Tage hofft Winzer auf den Posten des Volksbildungsministers und — auf die Doktorwürde. Der eitle Mann kann es nicht verwinden, daß einige Dutzend weitaus weniger intelligenter SED-

Funktionäre seither die Doktor- oder Professoren-Würde verliehen bekamen. „Dr. Winzer“ — warum tut ihm die Partei nicht diese Ehre,

Winzer kam ins Zentralkomitee der KPD und dann mit einiger Verzögerung auch in das neue Zentralsekretariat der SED. Als Werbe/Presse/Rundfunk-Chef und späterer Leiter des innerparteilich wichtigen SED-Pressedienstes schuf er sich die Qualifikation, um nach der ersten SED-Säuberung als Stellvertreter Herrnstads in die Redaktion des „Neuen Deutschland“ zu gehen. Ob er dort Herrnstadt überwachen sollte, wird unklar bleiben. Jedenfalls gab er seinem ehemaligen Chefredakteur kaffälchelnd den Todesstoß, als dieser nach dem 17. Juni 1953 in der Versenkung verschwinden mußte: „Herrnstadt war zum Sprachrohr des konterrevolutionären Sozialdemokratismus geworden...!“

### Mal so, mal so...

Winzer wurde der Theoretiker gegen den „Sozialdemokratismus“, um nur geringe Zeit später als Avantgardist der „Aktionseinheit“ hervorzutreten. Selbst die SED fand, daß er in den Jahren 1953 bis 1955 sein Gesicht verlor. Das Intellektuellengesicht mit der goldgefaßten Brille...

Das alles geschah, als Winzer bereits den alten Pieck behüten mußte, damit dieser keine größeren Torheiten mehr begehen kann. Seit Oktober 1949 sitzt Winzer im Niederschönhausener Präsidentenschoß. Wie der Zeremonienmeister eines Operettenfürsten schwimmt er hinter dem alten Manne her, unterstützt ihn die Ansprachen vor und drückt ihm die Manuskripte der „Präsidentenreden“ in die Hand. Warum man ihn ans Licht der Öffentlichkeit zerrte? Weil jeder Brief, den Pieck — wie kürzlich — an Bundespräsident Heuss schrieb und jede sonstige Lebensäußerung des „Staatspräsidenten der DDR“ eigentlich von Otto Winzer stammt. Und wie könnte der Wissende einen Pieck zitieren, ohne den SED-Beamten Winzer zu erwähnen?

## Kruswioy, Kruswica oder Krusvicy?

Was man in der „Domovina“ so erleben kann

Die SED-Humoristen vom „Eulenspiegel“ brachten dieser Tage eine Fotoreihe: Drei Ortsschilder des Dorfes Krauschwitz bei Weißwasser, wie überall in der „Domovina“ zweisprachig, sorbisch und deutsch. Das „Krauschwitz“ dabei stimmte auf allen dreien, nur das andere war 1. Kruswioy, 2. Kruswica und 3. Krusvicy geschrieben. Kommentierte der „Eulenspiegel“: „Zweisprachig sind die Schilder meist. Deutsch, daß der Sorbe weiß, wie's heißt!“ Nur wer die „Sorbenrepublik“ und ihre Sorgen kennt, weiß, daß ein solcher Witz erst in den letzten Monaten möglich geworden ist.

Im Rechteck Guben—Lübben—Zittau—Bischofswerda, in der Lausitz, liegt die „Domovina“. Die sorbische Minderheit der Lausitz, längst im deutschen Volkstum aufgegangen, wurde nach der Besetzung durch die Rote Armee im Jahre 1945 zum Objekt nationalistischer Bestrebungen deutsch-polnischer Kommunisten. Die 1946 als „antifaschistische Organisation“ auftretende „Domovina“ konnte mit Hilfe sowjetischer Besatzungsbehörden und der SED bereits 1948 die Gründung einer nach ihr benannten „Sorbenrepublik“ erreichen. Bei der SED-Regierungsbildung wurde die „Domovina“ bestätigt und 1950 als selbständige Regierungsform, als „Zentralrat der Wenden“, anerkannt.

### Deutsche werden „Sorben“

In den ersten Nachkriegsjahren schuf man „Sorben“, indem man jenen Bürgern, die sich als solche bekannten, Lebensmittelspenden und andere Vergünstigungen zukommen ließ. Gleichzeitig wurde mit dem Entstehen eines polnisch-tschechisch-deutschen Industriekombinates der Anschluß der Lausitz an Polen propagiert. Wenn die SED diese Bestrebungen später auch offiziell unterbinden mußte, so ist der Gedanke daran nie aufgegeben worden. Denn: die „Domovina“ war ein Lieblingskind Stalin'scher Nationalitätenpolitik.

Und heute? Stalins Nationalitäten-Theorie ist von seinen Nachfolgern widerrufen worden. In der Sowjetunion bemüht man sich, einige der gemachten Fehler zu revidieren. Wird auch die „Domovina“ fallen? Heute besteht in Bautzen eine „Hauptabteilung für Sorbische Fragen“ des Sowjetzonen-Innenministeriums. Ihre Arbeit stagniert seit zwei Monaten aus nicht be-

kanntem Grund. Viele Projekte „sorbischer Umerziehung“ wurden aufgegeben. Ein „Eulenspiegel“ darf sich über die sorbischen Schildbürger sogar lustig machen. Ein „Verbrechen“, das in der Vergangenheit in weit leichter Form mit drakonischen Strafen belegt werden mußte.

### „Man spricht deutsch“

Dabei hat „Eulenspiegel“ nur etwas ausgesprochen, was jeder SED-Funktionär längst begriffen hat: Die „Sorben“ wollen gar nicht sorbisch werden. Die Schulkinder empfinden die unnütze „Fremdsprache“ als Belastung, die sorbischen Abgeordneten lesen ihre sorbischen Ansprachen vom Blatt, weil sie „ihre“ Sprache gar nicht beherrschen. Und ein Dolmetscher muß das Ganze dann wieder für die „Deutschen“ rückübersetzen. Die elf Jahre lang geförderte „sorbische Volkskunst“ existiert in einigen Trachten- und Volkstanzgruppen, sorbische Bücher werden überhaupt nicht gekauft, und der „Zentralrat der Wenden“ gehört fast der Geschichte an.

Immerhin ist es noch nicht lange her, daß einige die Konkurrenz witternde „Sorben“ ihre

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtthofen-Str. 2, Druck: W. Buxenstein, GmbH.

Abstammung soweit vergaßen, daß sie Schilder in ihre Schauwindower hingen: „Man spricht deutsch“. Solche Fälle sind nicht erfunden. Heute könnte man — trotz aller Slawisierungs-Bestrebungen — Schilder aufstellen: „Hier spricht man sorbisch!“ Und was der „Eulenspiegel“ auf einmal entdeckte, könnte er an jeder „domovinischen“ Straßenecke finden.

Die Polen aber jenseits der „sorbischen Grenze“ sehen die diesseits der Neiße gelegenen Braunkohlenreviere politisch und wirtschaftlich entschwinden. Die Hoffnung auf den Tag, da eine „freie Domovina“ den Anschluß an Polen sucht, dürfte von gestern sein. Auch wenn die SED im Grunde genommen gar nichts dagegen hätte...

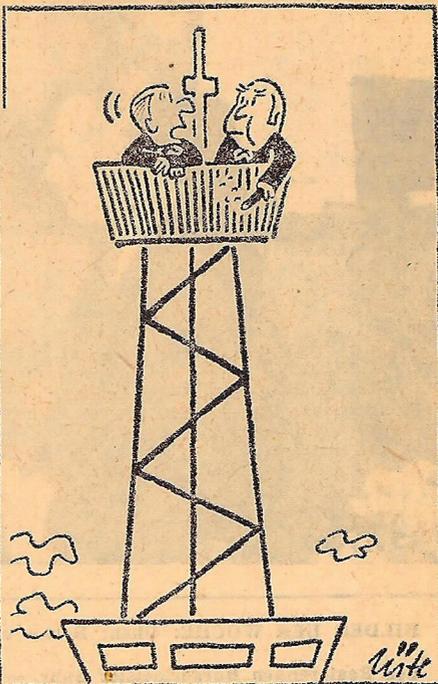
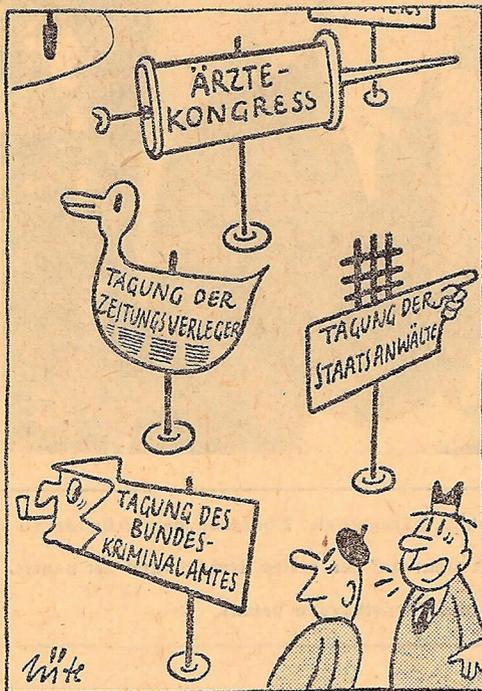
## Ohne Einheit keine Entspannung

### Einstimmige Erklärung in Luxemburg

Luxemburg (DPA). Der Kongreß der „Nouvelles Equipes Internationales“ (NEI) hat in Luxemburg einstimmig eine Erklärung angenommen, in der es heißt, daß die deutsche Wiedervereinigung eine der Vorbedingungen für eine echte Entspannung in der Welt ist. Die internationale Vereinigung der christlich-sozialen und christlich-demokratischen Parteien

bestätigt die Überzeugung, daß es keinen wahren Frieden ohne die Befreiung der versklavten Länder gibt. Das Recht aller demokratischen Parteien, ihre politische Tätigkeit in voller Freiheit aufzunehmen, müsse anerkannt werden. Die NEI fordern außerdem, daß in kürzester Zeit alle politischen Gefangenen und Deportierten befreit werden.

## Es ist was los in West-Berlin



„So ist das immer, Herr Bundespräsident, die Ausflugsstraßen sind verstopft, der Grunewald überfüllt, die einzige frische Luft gib't hier oben auf dem Funkturm!“

## Die große Anfrage

(Fortsetzung von Seite 2)

übersehen können. Wir stehen nicht in dem Verdacht, der sowjetischen Politik mit leichter Gläubigkeit Vorschub zu leisten. Aber wir sind der Meinung, daß es der von uns erstrebten Entwicklung sicher nicht nachteilig sein wird, wenn die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau, die erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands normal sein können, heute wenigstens korrekt sind. Es muß nicht unbedingt eine „eisige Atmosphäre“ sein, die sie kennzeichnet. Es gibt hier Temperaturen, in denen das diplomatische Geschäft vielleicht besser gedeiht.

Aus diesem Grunde haben wir einige Bedenken gegen das Interview des Bundeskanzlers mit

der amerikanischen Wochenzeitung „Time“. Selbstverständlich wird es, wie er sagte, keine separaten zweiseitigen „Verhandlungen“ mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands geben — was nicht ausschließen darf, daß es „Gespräche“ geben wird. Die Feststellung aber, daß Moskau auf ein Angebot solcher Verhandlungen überhaupt keine Antwort von Bonn erhalten werde, geht doch wohl über die berechtigte Zurückhaltung hinaus. Keine Antwort ist, wie man sagt, auch eine Antwort. Aber es gibt Antworten, die besser sind als keine Antwort. Jedenfalls sind sie „diplomatischer“. Das ist nicht unwichtig. Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands führt heute nur über die Diplomatie. Das

bedeutet zugleich, daß man das „Diplomatische“ nicht einfach übersehen darf. Wir haben hierzu in unserer heutigen Lage am allerwenigsten einen Anlaß — gerade auch im Hinblick auf die gesamtdeutschen Sorgen und Aufgaben, mit denen sich der Bundestag befaßt hat.

## Einigung über Atom-Institut

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Der vom Senat eingesetzte Sonderausschuß, der die Vorschläge über die Errichtung des Atomforschungs-Instituts in Berlin koordinieren soll, hat eine weitgehende Einigung über die strittigen Fragen erzielt. Wie verlautet, wird das Atomforschungs-Institut in Berlin auf breiter Basis und in enger und gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft errichtet.



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Berlin erhält Europapreis. Übergabe der Urkunde an den Regierenden Bürgermeister Suhr. — Unten: Auf den ersten drei Schiffen der neuen Bundesmarine wurden die Dienstflaggen gehisst.

